



(19) BUNDESREPUBLIK

DEUTSCHLAND



DEUTSCHES

PATENTAMT

Patentschrift

DE 36 39 810 C2

(51) Int. Cl. 6:

A 61 B 17/70

A 61 B 17/56

A 61 F 2/44

(21) Aktenzeichen: P 36 39 810.1-35
 (22) Anmeldetag: 21. 11. 86
 (43) Offenlegungstag: 26. 5. 88
 (45) Veröffentlichungstag der Patenterteilung: 9. 4. 98

DE 36 39 810 C2

Innerhalb von 3 Monaten nach Veröffentlichung der Erteilung kann Einspruch erhoben werden

(73) Patentinhaber:
Ulrich, Heinrich, 89077 Ulm, DE

 (74) Vertreter:
Fay und Kollegen, 89073 Ulm

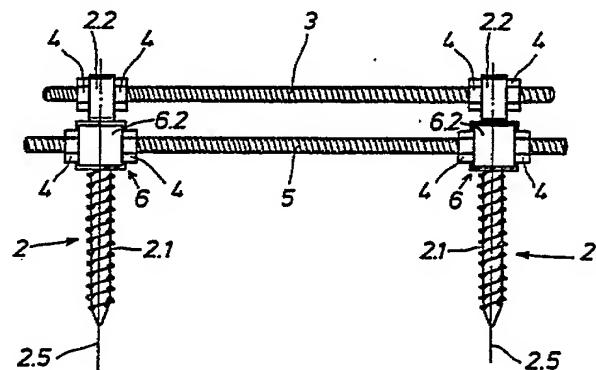
(72) Erfinder:
gleich Patentinhaber

 (56) Für die Beurteilung der Patentfähigkeit in Betracht gezogene Druckschriften:

 DE 32 19 575 C2
 DE 28 34 891 B2
 DE 26 49 042 B1

(54) Implantat zur Wirbelsäulenkorrektur und/oder -stabilisierung

(57) Implantat zur Wirbelsäulenkorrektur und/oder -stabilisierung, mit zumindest zwei Knochenschrauben (2) zum Einschrauben in die Wirbelkörperspongiosa und mit einer im wesentlichen quer zu den Schraubenachsen (2.5) der Knochenschrauben (2) verlaufenden Spannstange (3), die in an den Knochenschrauben (2) ausgebildete Aufnahmen (2.3) einlegbar und zur Wirbelkontraktion oder -distraktion in Richtung der Spannstange (3) jeweils beiderseitig gegen die Knochenschrauben (2) verspannbar ist, dadurch gekennzeichnet, daß zusätzlich zur Spannstange (3) ein zumindest in Richtung der Schraubenachsen (2.5) gegen die Spannstange (3) versetzter Spannstab (5) vorgesehen ist, zu dessen Anschluß an mindestens einer der Knochenschrauben (2) in Richtung der Schraubenachse (2.5) neben der Aufnahme (2.3) für die Spannstange (3) ein Gelenkteil (6) angeordnet ist, das aus zwei um eine zur Schraubenachse (2.5) senkrechte Gelenkkächen (6.1) drehbar miteinander verbundenen Gelenkstücken (6.2, 6.3) besteht, von welchen das eine drehbar um die Schraubenachse (2.5) an der Knochenschraube (2) gelagert ist und das andere eine Aufnahme (6.4) zum Einlegen des Spannstabs (5) aufweist, der in seiner Längsrichtung beiderseitig gegen das Gelenkstück (6.2) verspannbar ist.



DE 36 39 810 C2

Beschreibung

Die Erfindung betrifft ein Implantat zur Wirbelsäulenkorrektur und/oder -stabilisierung, mit zumindest zwei Knochenschrauben zum Einschrauben in die Wirbelkörperspongiosa und mit einer im wesentlichen quer zu den Schraubenachsen der Knochenschrauben verlaufenden Spannstange, die in an den Knochenschrauben ausgebildete Aufnahmen einlegbar und zur Wirbelkontraktion oder -distraktion in Richtung der Spannstange jeweils beiderseitig gegen die Knochenschrauben verspannbar ist.

Bei einem aus der DE 26 49 042 B1 bekannten Implantat dieser Art sind die Aufnahmen als offene Schlitzte im Kopf der Knochenschrauben ausgebildet. Die Spannstange trägt zu ihrer Verspannung gegen die Schraubenköpfe ein Gewinde und beiderseitig jedes Schraubenkopfes eine Mutter, die mit einem gegen den Schraubenkopf vorstehenden Kragen in eine zugeordnete Ausnehmung des Schraubenkopfes greift, die im Vergleich zur Schlitz breite radial erweitert ist, so daß die Spannstange durch den Eingriff der Muttern in die Ausnehmungen des Schraubenkopfes gegen ein postoperatives Herausspringen aus den Schraubenkopfschlitten gesichert ist. Das bekannte Implantat dient speziell zur ventralen Derotationsspondylodese, jedoch ist es auch zur dorsalen Kompressionsspondylodese oder dergl. gut geeignet, und zwar besonders dann, wenn die Knochenschrauben transpedikulär in die Wirbelkörper eingeschraubt werden, wobei die Möglichkeit besteht, das Implantat entweder nur einerseits oder je eines beiderseitig der Wirbelachse vorzusehen. In jedem Fall können mit Hilfe der Spannstange(n) komprimierende oder distrahierende Kräfte auf die Wirbelkörper übertragen werden, so daß korrigierende Wirbelsäulenverformungen und/oder Wirbelsäulenstabilisierungen erreicht werden können. Ein Mangel dieser bekannten Implantate besteht allerdings darin, daß durch die Verspannung der Spannstange an den Schraubenköpfen die Richtung der Schraubenachse der Knochenschrauben nicht ausreichend und gezielt genug beeinflußt werden kann, und daß bei beiderseitig der Wirbelachse angeordneten Implantaten verstifende Querverbindungen unmöglich sind, so daß auf Wirbelverlagerungen und -ausrichtungen allein durch Ändern der Achsenrichtung der Knochenschrauben verzichtet werden muß.

Die DE 28 34 891 B2 zeigt ein Implantat, bei dem zwei Knochenschrauben jeweils mittels einer Klemmhalterung in Langlöcher verstellbar und einstellbar sind, die in den sich gegenüberliegenden Schenkeln eines T-förmigen Trägers angeordnet sind. Das Implantat ist durch insgesamt zwei Träger mit vier Knochenschrauben gebildet, wobei die Lage der beiden Träger relativ zueinander durch zwei Gewindestöpsel, die im wesentlichen senkrecht von der Schraubenachse der Knochenschrauben und der Oberfläche der Träger abstehen, einstellbar ist.

Der Erfindung liegt die Aufgabe zugrunde, ein Implantat der eingangs genannten Art so auszubilden, daß die Knochenschrauben auch bezüglich der Richtung ihrer Schraubenachse gegeneinander genau verstellt und diese eingestellten Richtungen fixiert werden können, und daß die gleiche Wirkung ausübenden Querverbindungen zwischen beiderseitig der Wirbelachse vorgesehenen Implantaten möglich werden.

Diese Aufgabe wird nach der Erfindung dadurch gelöst, daß zusätzlich zur Spannstange ein zumindest in

Richtung der Schraubenachse gegen die Spannstange versetzter Spannstab vorgesehen ist, zu dessen Anschluß an mindestens einer der Knochenschrauben in Richtung der Schraubenachse neben der Aufnahme für die Spannstange ein Gelenkteil angeordnet ist, das aus zwei um eine zur Schraubenachse senkrechte Gelenkachsen drehbar miteinander verbundenen Gelenkstücken besteht, von welchen das eine drehbar um die Schraubenachse an der Knochenschraube gelagert ist und das andere eine Aufnahme zum Einlegen des Spannstabes aufweist, der in seiner Längsrichtung beiderseitig gegen das Gelenkstück verspannbar ist.

Weitere vorteilhafte Ausgestaltungen sind in den Unteransprüchen angegeben.

Bei dem erfindungsgemäßen Implantat ist die das Gelenkteil tragende Knochenschraube sowohl von der Spannstange als auch vom Spannstab belastet, und zwar dank des Drehungen in zwei zueinander senkrechten Ebenen ermöglichen Gelenkteils im wesentlichen jeweils nur in Längsrichtung der Spannstange bzw. des Spannstabs. Da im übrigen die Spannstange und der Spannstab in Richtung der Schraubenachse im Abstand voneinander an der Knochenschraube angreifen, üben sie je nach ihrer Verspannung an der Knochenschraube Drehmomente und Scherkräfte auf die Knochenschraube aus und ermöglichen dadurch eine fein dosierbare Einstellung der Richtung der Schraubenachse und die sichere Fixierung dieser Richtung. Der Spannstab kann über weitere Gelenkteile an eine, mehrere oder alle Knochenschrauben desselben Implantats oder, bei beiderseitig der Wirbelachse angeordneten Implantaten, an eine der Knochenschrauben des jeweils anderen Implantats angeschlossen sein, wobei er in gleicher Weise die Einstellung und Fixierung der Achsrichtungen auch dieser Knochenschrauben ermöglicht, so daß im Ergebnis eine solide innere Fixation der Wirbelkörper, insbes. auch bei verschiedenen Wirbelfrakturtypen, gelingt.

Eine bevorzugte Ausführungsform ist dadurch gekennzeichnet, daß bei im Schraubenkopf der Knochenschrauben angeordneter Aufnahme für die Spannstange das Gelenkteil an der Knochenschraube auf der Gewindeseite unter dem Schraubenkopf liegt und das an der Knochenschraube gelagerte Gelenkstück vom Schraubenkopf quer zur Schraubenachse übergriffen ist. Dadurch ist in einfacher Weise die axiale Lage des Gelenkteils längs der Knochenschraube fixiert. Im einzelnen empfiehlt es sich, daß das an der Knochenschraube gelagerte Gelenkstück eine die Knochenschraube aufnehmende Bohrung und eine dazu senkrecht verlaufende zweite Bohrung aufweist, in der als Gelenkschale das mit der Aufnahme für den Spannstab versehene Gelenkstück mit einem Gelenkzapfen gelagert ist. Um möglichst kleine Abmessungen des Gelenkstücks zu erhalten, empfiehlt es sich, daß sich die Achsen beider Bohrungen kreuzen, daß der Durchmesser der die Gelenkschale bildenden Bohrung größer ist als der Durchmesser der die Knochenschraube aufnehmenden Bohrung, und daß im Gelenkzapfen quer zur Zapfenachse eine die Bohrung für die Knochenschraube freigebende transversale Aussparung vorgesehen ist, deren lichte Weite in Richtung quer zu beiden Bohrungssachsen über den Durchmesser der die Knochenschraube aufnehmenden Bohrung verbreitert, in Richtung der Zapfenachse aber nur gleich diesem Durchmesser ist. Die Knochenschraube verhindert dann axiale Verschiebungen des Gelenkzapfens in der die Gelenkschale bildenden Bohrung, während die Verbreiterung der Aussparung quer zu beiden Bohrungssachsen die begrenzte Verdreh-

hung des Gelenkzapfens und damit des am Spannstab verspannten Gelenkstücks ermöglicht.

Die Aufnahme für den Spannstab ist zweckmäßig als offener Schlitz im Gelenkstück ausgebildet, der quer zur Zapfenachse und zur Achse der Aussparung verläuft. Weiter empfiehlt es sich, den Spannstab im wesentlichen gleich wie die Spannstange auszubilden und den Spannstab am Gelenkstück in im wesentlichen gleicher Weise wie die Spannstange an den Knochenschrauben zu halten und zu verspannen. Dazu ist nach der Erfindung vorgesehen, daß der Spannstab zu seiner Verspannung ein Gewinde und beiderseitig des Gelenkstücks eine Mutter trägt, die mit einem gegen das Gelenkstück vorstehenden Kragen in eine zugeordnete Ausnehmung des Gelenkstückes greift, die im Vergleich zur Schlitzbreite radial erweitert ist, so daß der Spannstab durch den Eingriff der Muttern in die Ausnehmungen des Gelenkstücks gegen ein postoperatives Herausspringen aus dem Gelenkstückschlitz gesichert ist.

Im folgenden wird die Erfindung an in der Zeichnung dargestellten Ausführungsbeispielen näher erläutert; es zeigen:

Fig. 1 ein Implantat nach der Erfindung in einer Seitenansicht,

Fig. 2 einen Knochennagel des Implantats nach Fig. 1,

Fig. 3 eine Mutter des Implantats nach Fig. 1, jeweils in einer Schrägangsicht,

Fig. 4 das Implantat nach Fig. 1 in einem Verspannungszustand mit gegeneinander geneigten Achsen der Knochenschrauben,

Fig. 5 zwei Implantate in einer Anordnung beiderseitig der Wirbelachse in einer Ansicht von dorsal,

Fig. 6 eines der Gelenkteile der Implantate nach den Fig. 1 bis 3 in vergrößerter Darstellung in einer Seitenansicht,

Fig. 7 das in Fig. 6 linke Gelenkstück des Gelenkteils in Einzeldarstellung,

Fig. 8 eine Draufsicht auf das Gelenkstück der Fig. 7,

Fig. 9 einen Schnitt in Richtung IX-IX durch das Gelenkstück nach den Fig. 7 und 8.

Die in der Zeichnung dargestellten Implantate dienen zur Fixation der lediglich in Fig. 5 angedeuteten Wirbelkörper 1 unmittelbar aufeinander folgender Wirbel, beispielsweise bei im einzelnen nicht dargestellten Wirbelfrakturen. Die Implantate bestehen ihrem wesentlichen Aufbau nach jeweils aus allgemein mit 2 bezeichneten Schrauben, einer Spannstange 3 und aus die Schrauben an der Spannstange fixierenden Muttern 4. Im einzelnen besitzen die Schrauben 2 einen zum Einschrauben in die Wirbelkörperspongiosa im Bereich der Wirbelbogenfüße geeigneten Schraubenschaft 2.1, dessen Länge und Gewindetiefe von Schraube zu Schraube variieren können. Der gegenüber dem Schraubenschaft 2.1 verbreiterte Schraubenkopf 2.2 besitzt einen Schlitz 2.3, in dem die mit einem Gewinde versehene Spannstange 3 eingelegt ist. Beiderseitig jedes Schraubenkopfes 2.2 trägt die Spannstange 3 eine der Muttern 4 (Fig. 3), die mit einem gegen den Schraubenkopf 2.2 vorstehenden Kragen 4.1 in eine zugeordnete zylindrische Ausnehmung 2.4 des Schraubenkopfes 2.2 greift, die im Vergleich zur Breite des Schlitzes 2.3 radial erweitert ist. Im Ergebnis können die Schraubenköpfe 2.2 zwischen den ihnen jeweils zugeordneten beiden Muttern 4 eingespannt werden, wobei die Spannstange 3 je nach Verspannung komprimierende oder distrahierende Kräfte auf die Schraubenköpfe 2.2 und damit auf die Wirbelkörper 1 ausübt. Durch den dabei stattfindenden Eingriff der Muttern 4 in die Ausnehmungen 2.4 des Schraubenkopfes 2.2 wird

die Spannstange 3 gegen ein postoperatives Herausspringen aus den Schraubenkopfschlitten 2.3 gesichert. Die Muttern 4 besitzen einen an den Kragen 4.1 anschließenden Abschnitt zum Ansetzen eines Mutternschlüssels, im Ausführungsbeispiel den üblichen Sechskant 4.26 (Fig. 3).

Zusätzlich zur Spannstange 3 ist ein Spannstab 5 vorgesehen, der in Richtung der Schraubenachsen 2.5 gegen die Spannstange 3 versetzt ist (Fig. 1 und 4). Zu seinem Anschluß sind an den Knochenschrauben 2 in Richtung der Schraubenachse 2.5 neben dem Schraubenkopf 2.2 Gelenkteile 6 angeordnet, die aus zwei um eine zur Schraubenachse 2.5 senkrechte Gelenkachsen 6.1 drehbar miteinander verbundenen Gelenkstücken 6.2, 6.3 bestehen (Fig. 6). Das eine Gelenkstück 6.3 ist drehbar um die Schraubenachse 2.5 an der Knochenschraube 2 gelagert. Das andere Gelenkstück 6.2 ist mit einer Aufnahme 6.4 zum Einlegen des Spannstabes 5 versehen, der in seiner Längsrichtung beiderseitig gegen das Gelenkstück 6.2 verspannbar ist, wobei je nach Verspannungszustand wiederum komprimierende oder distrahierende Kräfte vom Spannstab 5 auf das Gelenkstück 6.2 übertragen werden können. Der Spannstab 5 kann, wie in den Fig. 1 und 4, an die Knochenschrauben 2 desselben Implantats, oder, wie in Fig. 5 bei beiderseitig der Wirbelachse angeordneten Implantaten, an eine der Knochenschrauben 2 des jeweils anderen Implantats angeschlossen sein, wobei in der Fig. 5, der Fall dargestellt ist, daß zwei Spannstäbe 5 einander kreuzend jeweils zwei Knochenschrauben 2 der sich zur Wirbelachse gegenüberliegenden Implantate verbinden. Die Gelenkteile 6 liegen an der Knochenschraube 2 auf der Seite des Gewindeschafthes 2.1 unter dem Schraubenkopf 2.2, wobei das an der Knochenschraube 2 gelagerte Gelenkstück 6.3 vom Schraubenkopf 2.2 quer zur Schraubenachse 2.5 übergriffen ist, so daß es bei in den Wirbelkörper eingeschraubter Knochenschraube 2 zwischen dem Wirbelkörper einerseits und dem Schraubenkopf 2.2 andererseits axial fixiert ist. Das jeweils an der Knochenschraube 2 gelagerte Gelenkstück 6.3 besitzt eine die Knochenschraube 2 aufnehmende Bohrung 6.5 und eine dazu senkrecht verlaufende zweite Bohrung 6.6 (Fig. 6), in der als Gelenkschale das mit der Aufnahme 6.4 für den Spannstab 5 versehene Gelenkstück 6.2 mit einem Gelenkzapfen 6.7 gelagert ist (Fig. 7), wobei im Ausführungsbeispiel die Anordnung so getroffen ist, daß sich die Achsen beider Bohrungen 6.5, 6.6 bei 7 kreuzen (Fig. 6), die Spannstange 3 und der Spannstab 5 also in zwei zueinander senkrechten Ebenen gegeneinander verdreh- bzw. verschwenkbar sind. Der Durchmesser der die Gelenkschale bildenden Bohrung 6.6 ist größer als der Durchmesser der die Knochenschraube 2 aufnehmenden Bohrung 6.5. Im Gelenkzapfen 6.7 ist quer zur Zapfenachse 6.1 eine die Bohrung 6.5 für die Knochenschraube 2 freigehende transversale Aussparung 6.8 vorgesehen. Die lichte Weite dieser Aussparung 6.8 ist in Richtung quer zu beiden Bohrungssachsen, also in Fig. 9 in horizontaler Richtung zumindest in den peripheren Querschnittsbereichen über den Durchmesser der die Knochenschraube 2 aufnehmenden Bohrung 6.5 verbreitert, in Richtung der Zapfenachse 6.1 aber nur gleich diesem Durchmesser. Das hat zur Folge, daß bei in der Bohrung 6.5 befindlicher Knochenschraube 2 der Gelenkzapfen 6.7 zwar gegen axiale Verschiebungen gesichert ist, aber entsprechend der Verbreiterung der Aussparung 6.8 begrenzt, d. h. in Fig. 9 über einen durch den Doppelpfeil 8 angedeuteten Winkelbereich von etwa 40°, verdrehbar

bleibt. Die Aufnahme 6.4 für den Spannstab 5 ist als offener Schlitz im Gelenkstück 6.2 ausgebildet, der quer zur Zapfenachse 6.1 und zur Achse 6.9 der Aussparung 6.8 verläuft. Die Schlitzbreite entspricht dem Durchmesser des Spannstabs 5. Der Spannstab 5 trägt zu seiner Verspannung ebenfalls ein Gewinde und beiderseitig des Gelenkstücks 6.2 je eine Mutter 4 in der in Fig. 3 dargestellten Ausführungsform. Jede Mutter 4 greift mit einem gegen das Gelenkstück 6.2 vorstehenden Kragen 4.1 in eine zugeordnete Ausnehmung 6.10 des Gelenkstücks 6.2, die im Vergleich zur Schlitzbreite radial erweitert ist, so daß der Spannstab 5 durch den Eingriff der Muttern 4 in die Ausnehmungen 6.10 des Gelenkstücks 6.2 gegen postoperatives Herausspringen aus der Aufnahme 6.4 gesichert ist, wie dies bereits im Zusammenhang mit dem Anschluß der Spannstange 3 in den Schlitten 2.3 der Schraubenköpfe 2.2 der Knochenschrauben 2 beschrieben worden ist.

Werden in Fig. 1 die Gelenkstücke 6.2 am Spannstab 5 so verspannt, daß sich der Abstand der Gelenkstücke 6.2 voneinander vergrößert oder verkleinert, so ergibt sich eine Verstellung der Achsrichtungen der Knochenschrauben 2 in Richtung der in Fig. 4 eingetragenen Doppelpfeile 9, wobei in Fig. 4 der Fall einer Abstandsverkleinerung der Gelenkstücke 6.2 dargestellt ist. Die Achsverstellung der Knochenschrauben 2 kann unschwer entweder unmittelbar in den die Spannstange 3 aufnehmenden Schlitten 2.3 der Schraubenköpfe 2.2 oder durch eine geringfügige Biegeverformung der Spannstange 3 selbst aufgenommen werden. Je nach Verspannungszustand der Gelenkstücke 6.2 am Spannstab 5 können Spannstange 3 bzw. Spannstab 5 auf Zug oder Druck beansprucht werden.

Patentansprüche

35

1. Implantat zur Wirbelsäulenkorrektur und/oder -stabilisierung, mit zumindest zwei Knochenschrauben (2) zum Einschrauben in die Wirbelkörperspongiosa und mit einer im wesentlichen quer zu den Schraubenachsen (2.5) der Knochenschrauben (2) verlaufenden Spannstange (3), die in an den Knochenschrauben (2) ausgebildete Aufnahmen (2.3) einlegbar und zur Wirbelkontraktion oder -distraktion in Richtung der Spannstange (3) jeweils beiderseitig gegen die Knochenschrauben (2) verspannbar ist, dadurch gekennzeichnet, daß zusätzlich zur Spannstange (3) ein zumindest in Richtung der Schraubenachsen (2.5) gegen die Spannstange (3) versetzter Spannstab (5) vorgesehen ist, zu dessen Anschluß an mindestens einer der Knochenschrauben (2) in Richtung der Schraubenachse (2.5) neben der Aufnahme (2.3) für die Spannstange (3) ein Gelenkteil (6) angeordnet ist, das aus zwei um eine zur Schraubenachse (2.5) senkrechte Gelenkachsen (6.1) drehbar miteinander verbundenen Gelenkstücken (6.2, 6.3) besteht, von welchen das eine drehbar um die Schraubenachse (2.5) an der Knochenschraube (2) gelagert ist und das andere eine Aufnahme (6.4) zum Einlegen des Spannstabs (5) aufweist, der in seiner Längsrichtung beiderseitig gegen das Gelenkstück (6.2) verspannbar ist.
2. Implantat nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß bei im Schraubenkopf (2.2) der Knochenschrauben (2) angeordneter Aufnahme (2.3) für die Spannstange (3) das Gelenkteil (6) an der Knochenschraube (2) auf der Gewindeseite unter dem Schraubenkopf (2.2) liegt und das an der Kno-

chenschraube (2) gelagerte Gelenkstück (6.3) vom Schraubenkopf (2.2) quer zur Schraubenachse (2.5) übergriffen ist.

3. Implantat nach Anspruch 1 oder 2, dadurch gekennzeichnet, daß das an der Knochenschraube (2) gelagerte Gelenkstück (6.3) eine die Knochenschraube (2) aufnehmende Bohrung (6.5) und eine dazu senkrecht verlaufende zweite Bohrung (6.6) aufweist, in der als Gelenkschale das mit der Aufnahme (6.4) für den Spannstab (5) versehene Gelenkstück (6.2) mit einem Gelenkzapfen (6.7) gelagert ist.

4. Implantat nach Anspruch 3, dadurch gekennzeichnet, daß sich die Achsen beider Bohrungen (6.5, 6.6) kreuzen, daß der Durchmesser der die Gelenkschale bildenden Bohrung (6.6) größer ist als der Durchmesser der die Knochenschraube (2) aufnehmenden Bohrung (6.5), und daß im Gelenkzapfen (6.7) quer zur Zapfenachse (6.1) eine die Bohrung (6.5) für die Knochenschraube (2) freigehende transversale Aussparung (6.8) vorgesehen ist, deren lichte Weite in Richtung quer zu beiden Bohrungssachsen über den Durchmesser der die Knochenschraube (2) aufnehmenden Bohrung (6.5) verbreitert, in Richtung der Zapfenachse (6.1) aber nur gleich diesem Durchmesser ist.

5. Implantat nach Anspruch 4, dadurch gekennzeichnet, daß die Aufnahme (6.4) für den Spannstab (5) als offener Schlitz im Gelenkstück (6.2) ausgebildet ist, der quer zur Zapfenachse (6.1) und zur Achse (6.9) der Aussparung (6.8) verläuft.

6. Implantat nach Anspruch 5, dadurch gekennzeichnet, daß der Spannstab (5) zu seiner Verspannung ein Gewinde und beiderseitig des Gelenkstücks (6.2) eine Mutter (4) trägt, die mit einem gegen das Gelenkstück (6.2) vorstehenden Kragen (4.1) in eine zugeordnete Ausnehmung (6.10) des Gelenkstücks (6.2) greift, die im Vergleich zur Schlitzbreite radial erweitert ist, so daß der Spannstab (5) durch den Eingriff der Muttern (4) in die Ausnehmungen (6.10) des Gelenkstücks (6.2) gegen postoperatives Herausspringen aus der Aufnahme (6.4) gesichert ist.

Hierzu 3 Seite(n) Zeichnungen

- Leerseite -

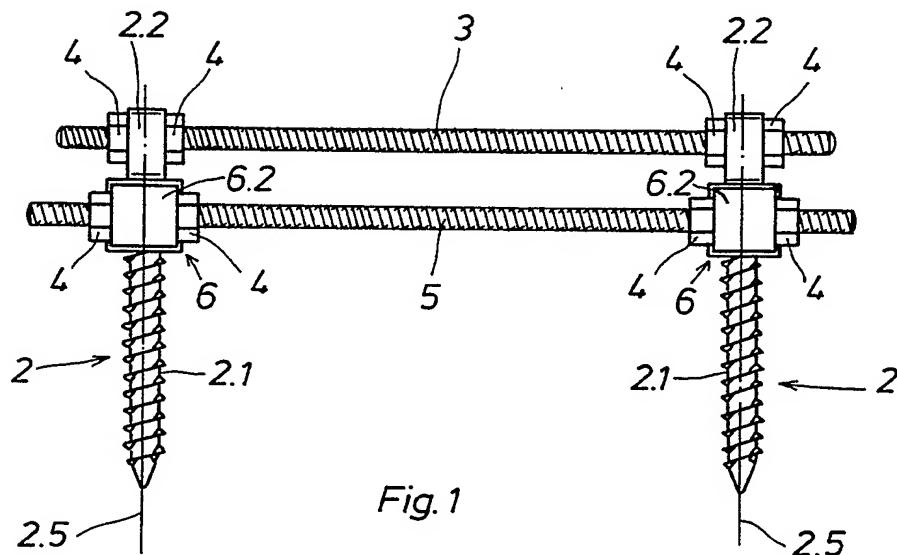


Fig. 1

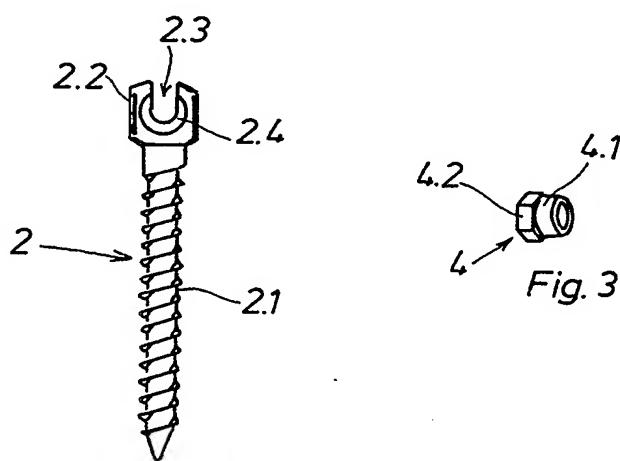


Fig. 3

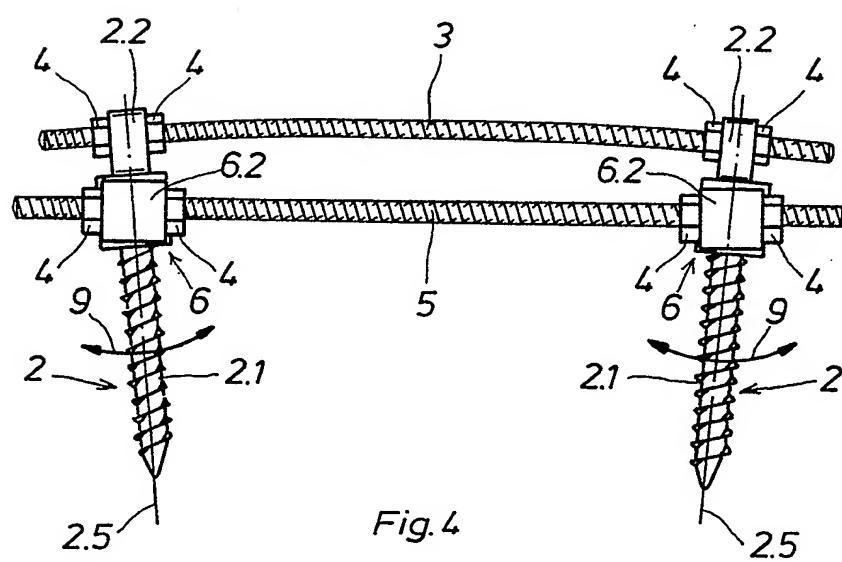


Fig. 4

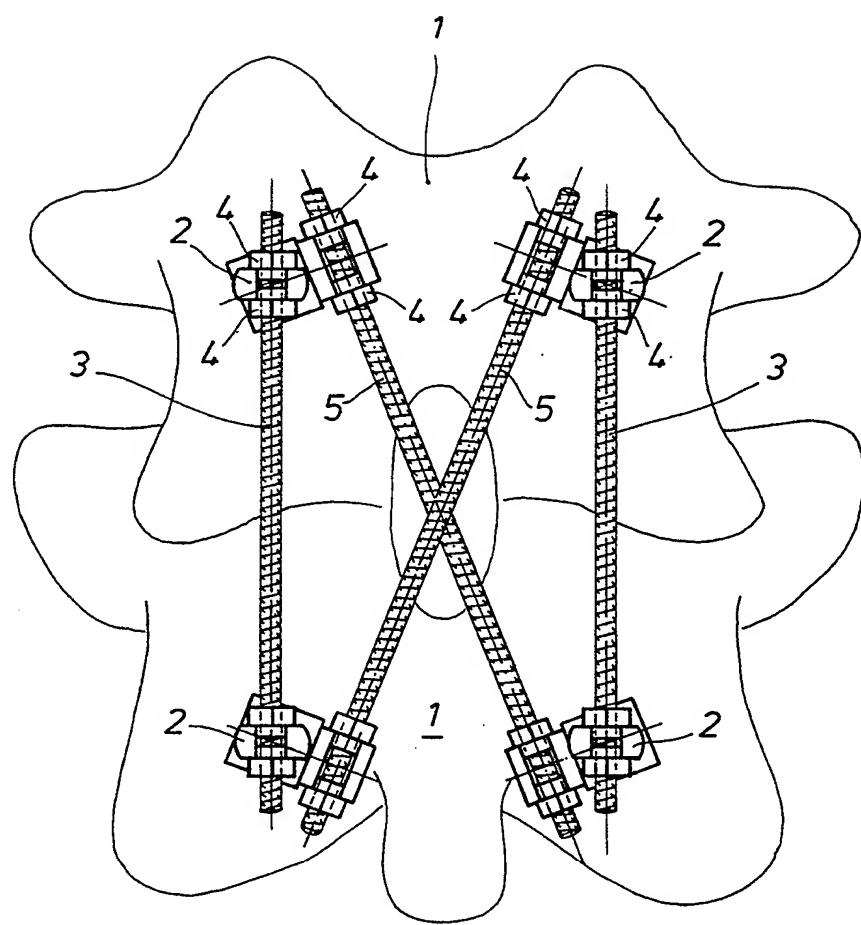


Fig. 5

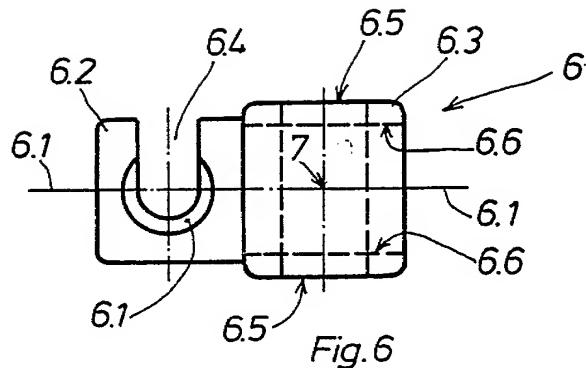


Fig. 6

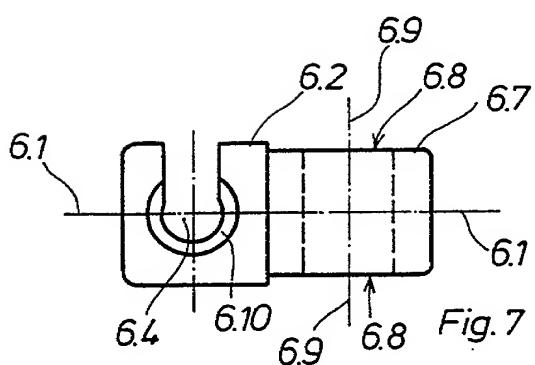


Fig. 7

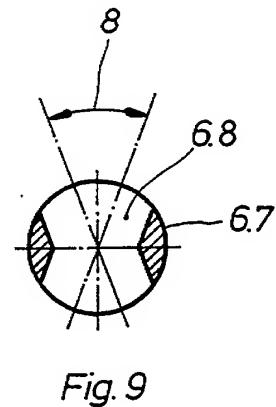


Fig. 9

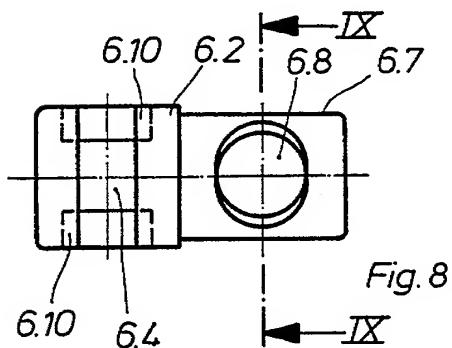


Fig. 8